

**Betreff:**

Selbstverpflichtung der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Klimaschutz  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen der CDU und SPD vom 25.09.2012 -

**Antragstext:**

Der Klimaschutz ist eines der wichtigsten Themen in den kommenden Jahren. Es muss auch Aufgabe der Kommunen sein, die Energiewende vor Ort zu gestalten, um die Klimaschutzziele zu erreichen.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden verfolgt mit dem Klimaschutzziel 20-20-20 – 20% weniger Energieverbrauch, 20% mehr erneuerbare Energien bis zum Jahr 2020 – die Absicht den CO<sub>2</sub>-Austoß substantiell zu senken.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Landeshauptstadt Wiesbaden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, zu welchen auch die ernsthafte Prüfung von Standorten für die Nutzung der Windenergie, ein Maßnahmenpaket zur Nutzung von Photovoltaik und Erdwärme, der Bau eines Biomassekraftwerkes, das von ESWE Versorgung vorgestellte Energiekonzept 2020 sowie die anlässlich des Earth Day 2012 in Leben gerufene Kampagne „CO<sub>2</sub>-Marathon“ gehören.

Zu einer ernsthaften Klimaschutzstrategie muss jedoch auch eine Selbstverpflichtung gehören, mit welcher sich die Landeshauptstadt Wiesbaden auferlegt bei allen städtischen Maßnahmen, Projekten und Anschaffungen auf die CO<sub>2</sub>-Verträglichkeit zu achten.

*Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten

- (1) bei allen städtischen Maßnahmen, Projekten und Anschaffungen die Auswirkungen auf das städtische Klimaschutzziel zu berücksichtigen. Maßnahmen, Projekte und Produkte mit einer günstigen CO<sub>2</sub>-Bilanz sind nach Möglichkeit vorzuziehen,
- (2) halbjährlich eine Zwischenbilanz in Bezug auf die Verwirklichung des Klimaschutzzieles 20-20-20 vorzulegen.

Wiesbaden, 25.09.2012

Bernhard Lorenz  
Fraktionsvorsitzender  
(CDU-Fraktion)

Sven Gerich  
Fraktionsvorsitzender  
(SPD-Fraktion)

Thomas Kroppen  
Geschäftsführer

Ralf Munser  
Geschäftsführer

Antrag Nr. 12-F-33-0109  
CDU + SPD

---